

Der Kreisausschuss fasst nach § 50 Abs. 3 Satz 1 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KrO NRW) nachfolgenden Eilbeschluss:

Der Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises beschließt nachfolgende Resolution:

Der Petersberg ist aufgrund seiner Rolle in der Gründungs- und Frühphase der ersten erfolgreichen Demokratie in Deutschland eine der Geburtsstätten der Bundesrepublik Deutschland und damit Teil der deutschen Geschichte.

Mit dem Petersberg ist der Weg Deutschlands zur Wiedererlangung seiner Souveränität untrennbar verbunden. Eine Veräußerung dieses Ortes als Symbol der Demokratie, die den Menschen Frieden und Freiheit gebracht hat, ist angesichts seiner verfassungsgeschichtlichen Bedeutung nicht angemessen. In Verbindung mit den Stätten der Demokratie in der Bundesstadt Bonn, insbesondere dem Museum König, dem Palais Schaumburg und der Villa Hammerschmidt, gilt es, dieses gesamtstaatlich bedeutsame kulturelle Erbe und zugleich das Andenken an den ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer, in der Verantwortung des Bundes zu bewahren.

Die Bundesrepublik Deutschland, deren Geschichte untrennbar mit dem Petersberg verbunden ist, darf sich der Verantwortung für den Petersberg nicht entziehen.

Als Veranstaltungsort mit hohem historisch-politischen Symbolcharakter und exzellenten konferenztechnischen Voraussetzungen unterstreicht das Gästehaus des Bundes die Bedeutung des Petersbergs als Ort internationaler Verantwortung und damit auch den Stellenwert als Konferenzstandort für die Region Bonn.

Seine Eignung hierfür hat der Petersberg immer wieder unter Beweis gestellt, auch nach der Verlagerung von Regierungsfunktionen von Bonn nach Berlin. Dass auch die dritte Afghanistan-Konferenz im Dezember dieses Jahres auf dem Petersberg stattfinden soll, stärkt den besonderen Charakter dieses Ortes, der in idealer Weise zu dem internationalen Profil der Bundesstadt Bonn als UN-Standort passt und nach Fertigstellung des World Conference Center Bonn erst recht benötigt wird.

Der Rhein-Sieg-Kreis, die Stadt Königswinter und die Bundesstadt Bonn bitten daher die Bundesregierung, aus den vorgenannten Gründen von der geplanten Veräußerung des Gästehauses des Bundes auf dem Petersberg Abstand zu nehmen.

Der Rhein-Sieg-Kreis, die Stadt Königswinter und die Bundesstadt Bonn appellieren eindringlich an die Bundesregierung, dass der Petersberg auch in Zukunft Gästehaus des Bundes, in dessen Eigentum und im Rahmen einer angemessenen gesamtstaatlichen Repräsentation zur aktiven Wahrnehmung der internationalen Rolle Deutschlands auch Veranstaltungsort für internationale Konferenzen bleibt.